

## **Stapelfelder Erklärung der niedersächsischen Gesamtschulleiterinnen und Gesamtschulleiter**

Trotz heftiger landesweiter Proteste gegen die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren an Gesamtschulen und gegen die Fünfzügigkeit als Gründungsvoraussetzung neuer IGS'n hat die Landesregierung die Schulgesetznovellen durchgesetzt. Die Schulleiterinnen und Schulleiter an Gesamtschulen sprechen sich mit Nachdruck gegen die beschlossenen Regelungen aus.

Mit diesen Entscheidungen brüskiert die Landesregierung Zehntausende von Eltern, die für ihre Kinder Plätze an Gesamtschulen nachfragen. Aber sie ignoriert auch die Wünsche kommunaler Schulträger, die angesichts sinkender Schülerzahlen vor der Aufgabe stehen, ihre Schullandschaft zukunftsfähig zu gestalten und daher Gründungsinitiativen unterstützen.

Schule und Bildung haben die Funktion, den sozialen, politischen und demographischen Wandel zu unterstützen und zu gestalten. Die Gesamtschulen verstehen sich als Schule für alle Kinder, in der das längere gemeinsame Lernen und das Offenhalten der Schullaufbahnen konzeptionell verankert sind. Dieses Konzept des gemeinsamen Lernens und die pädagogische Grundausrichtung der Gesamtschulen wird durch die Beschlüsse ausgehöhlt.

Aus diesen Gründen unterstützen die Leiterinnen und Leiter der niedersächsischen Gesamtschulen das "Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen" und fordern die Landesregierung auf, die restriktiven Regelungen zur Gründung von Gesamtschulen und die Festlegung auf das Abitur nach 12 Jahren zurück zu nehmen.